

A N F R A G E von Dieter Kläy (FDP, Winterthur), Beat Walti (FDP, Zollikon) und Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon)

betreffend Engagement des Regierungsrates im Hinblick auf die Volksabstimmung über die Bilateralen Verträge vom Februar 2009

In der Antwort auf die Anfrage KR-Nr. 48/2008 – Nutzen der Personenfreizügigkeit für den Wirtschaftsstandort Zürich – stellt der Regierungsrat fest, dass sich die Personenfreizügigkeit positiv auf die Wirtschaftsentwicklung und den Aufschwung in der Schweiz und damit auf den Kanton Zürich auswirkt. Es gebe auch keine Hinweise auf negative Auswirkungen der Freizügigkeit auf die schweizerische Erwerbstätigkeit und Beschäftigung. Insbesondere gebe es auch keine Anzeichen, dass Schweizer Arbeitskräfte durch ausländische ersetzt worden seien, so der Regierungsrat im erwähnten Vorstoss.

Bekanntlich ist gegen das von den eidgenössischen Räten verabschiedete Paket zur Weiterführung der Bilateralen Verträge mit der EU und deren Erweiterung auf Rumänien und Bulgarien (inkl. Personenfreizügigkeit) erfolgreich das Referendum ergriffen worden. Am 8. Februar 2009 wird der Souverän darüber befinden.

Bezug nehmend auf die Antworten des Regierungsrates und die Abstimmung stellen sich folgende Fragen.

1. Inwiefern wird sich der Regierungsrat für die Annahme der Vorlage einsetzen? Welche konkreten Schritte gedenkt er zu tun?
2. Bei Vorlagen, denen die Kantonsregierungen grosse Bedeutung beimessen, ist es in der Vergangenheit auch schon zu Absprachen und gemeinsam unter den Kantonen koordinierten Aktionen gekommen (vgl. z.B. Steuerpaket 2004). Ist der Kanton Zürich als einer der führenden Wirtschaftsstandorte in der Schweiz bereit, hier eine leitende Rolle zu übernehmen und so der Bestätigung der bilateralen Verträge zum Durchbruch zu verhelfen? Welche konkreten Schritte gedenkt er zu tun?

Dieter Kläy
Beat Walti
Josef Wiederkehr